



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/KVI/99 - 3. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 386 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

EWG - Afrika und Gleichberechtigung

84

Zur Konferenz mit afrikanischen Parlamentariern in Bonn

Von Hellmut Kalbitzer,
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

3

Vorsichtiger Tito

45

Vor einer Konferenz der "Blocklosen"?

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

4

Die Instinktllosigkeit des Herrn Blumenfeld

50

Eine notwendige Durchweisung

Von Reinhold Rehs, MdB

5

Warum eigentlich nicht ...?

49

Fossilien der Vergangenheit

6

Die Buchenwald-Agitation

38

Dokumente der Geschichtsfälschung

* * * *

3. Mai 1961

EWG - Afrika und Gleichberechtigung

Zur Konferenz mit afrikanischen Parlamentariern in Bonn

Von Hellmut Kalbitzer,

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Vom 3. - 5. Mai tagt in Bonn ein Kontaktausschuss des Europäischen Parlaments (des Kontrollorgans der Sechsergemeinschaft) und der Parlamente derjenigen afrikanischen Staaten, die mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch einen Assoziationsvertrag verbunden sind. Die Sitzung des Ausschusses folgt einer Konferenz, die im Januar in Rom stattfand und dient der letzten Vorbereitung der ersten gemeinsamen Sitzung des Europäischen Parlaments der assoziierten afrikanischen Staaten, die im Juni dieses Jahres in Strassburg stattfinden soll. Die Redaktion.

Wenn in dieser Woche afrikanische Parlamentarier zu offiziellen Besprechungen in der Bundesrepublik weilen, so lohnt es, sich einen Augenblick die Bedeutung dieses Vorgangs zu vergegenwärtigen. Diese Vertreter afrikanischer Parlamente bereiten gemeinsam mit ihren Kollegen des Europäischen Parlaments der EWG eine Sitzung vor, auf der zum ersten Mal Besprechungen auf der Basis der Gleichberechtigung geführt werden, wie die Beziehungen zwischen der EWG und eben jenen afrikanischen Staaten aussehen sollen. Gegenwärtig sind diese Beziehungen noch bestimmt durch die inzwischen zu Ende gegangene koloniale Abhängigkeit dieser Länder von einigen Mitgliedstaaten der EWG.

Als der EWG-Vertrag 1957 ausgehandelt und abgeschlossen wurde, hatten diese Völker noch keine Stimme und kein Recht, ihre eigenen Angelegenheiten zu vertreten. Die damaligen Kolonialmächte handelten souverän mit ihren europäischen Partnern die Bedingungen aus, unter denen ihre afrikanischen Kolonien und Hoheitsgebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verbunden wurden. Sie wurden nicht nur nicht nach ihrem Einverständnis gefragt, es gab auch zu jener Zeit zum Teil noch gar keine nationalen Institutionen jener Völker, die man hätte fragen können. Dementsprechend entschieden die Belgier, Franzosen und Italiener über alle durch der Vertrag anfallenden oder aufkommenden Fragen für ihre Kolonien.

Die koloniale Abhängigkeit ist in den vergangenen Jahren zerbrochen. Dennoch besteht die Sorge, dass durch die Assoziation der früheren afrikanischen Kolonien mit der EWG das gewesene politische Abhängigkeitsverhältnis nur auf das Gebiet der Wirtschaft übertragen werden soll. Dieser Punkt gilt auch die Haupteorge der Afrikaner. Auf dem recht zahlreichen inner-afrikanischen und afro-asiatischen Konferenzen wurde immer wieder der Vorwurf und der Verdacht laut, dass diese Wirtschaftsgemeinschaft einer Versuch zur Fortsetzung des nicht mehr zu haltenden nationalen Kolonialismus darstelle.

Diese gemeinsame Sitzung der afrikanischen und europäischen Parlamentarier in Bonn ist ein Symbol dafür - man darf das heute mit einiger Befriedigung feststellen - dass diese befürchtete Entwicklung

3. Mai 1961

nicht eintreten wird. Die ehemaligen Kolonialvölker sind fast alle in den vergangenen Jahren politisch unabhängig geworden. Jetzt kommt es darauf an, nach der Überwindung mancher Widerstände, einen Assoziationsvertrag auf der Basis der Gleichberechtigung mit den afrikanischen Staaten auszuhandeln. Dem dient die Vortragsrede in Bonn.

Man wird vielleicht fragen, warum es denn nötig ist, weiterhin besondere vertragliche Bindungen mit Afrika aufrechtzuerhalten, die sich doch auf keineswegs erfreuliche Voraussetzungen begründen. Warum führen wir nicht mit diesen Ländern eine Politik wie mit den übrigen Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas?

Der Assoziationsvertrag, der jetzt unter gleichberechtigten und souveränen Staaten in Afrika und Europa neu zu schließen ist, hat den Zweck, den Afrikanern den wirtschaftlichen und sozialen Übergang in die Unabhängigkeit zu erleichtern; durch Finanzzuschüsse, Aufbau eigener Gewerbe, Motorisierung ihrer Landwirtschaft und Ausbildung afrikanischer Fachleute der jungen Unabhängigkeit die reelle tragfähige Unterlage zu geben, die in der Kolonialzeit sträflich vernachlässigt wurde. Europas Verhältnis zu Afrika kann nur dann für beide Kontinente vorteilhaft sein, wenn die Kolonialmethoden endgültig begraben werden.

Der neue Assoziationsvertrag darf deshalb auch keinerlei politische Verpflichtungen enthalten. Es wird den afrikanischen Partnern freistehen, ihre politischen Beziehungen zu anderen Staaten völlig nach eigenem Ermessen zu gestalten. Sie werden nicht gehalten sein, in eines der beiden grossen Lager des gegenwärtigen Weltkonflikts einzusteigen. Sie werden damit keinerlei Verpflichtungen oder Verbindungen zur NATO usw. auf sich nehmen.

Es ist wichtig, gerade dies herauszustellen und mit allen Nachdruck zu betonen, dass die Assoziierung kein Instrument des Kalten Krieges ist und sein darf; nicht nur, weil das nicht wünschenswert wäre, sondern weil sie anderenfalls mit tödlicher Sicherheit zum Scheitern verurteilt ist. Es darf auf keinen Fall dahin kommen, dass man jenen Völkern vorhält, von wem sie Geld annehmen dürfen und von wem nicht, und mit wem sie zusammenarbeiten dürfen und mit wem nicht.

Die Zeit der Bevormundung ist zu Ende, die Zukunft gehört einem Afrika, das sich aus der Fesseln der Primitivität, der Rückständigkeit und der kolonialen Ausbeutung befreit. Für dieses Ziel stehen die Sozialisten.

3. Mai 1961

Vorsichtiger Tito

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Das Ausland frage oft, weswegen Jugoslawien in so vielen Teilen der Welt aktiv aufträte, formulierte der jugoslawische Staatschef Tito in seiner Rede vor einer vieltausendköpfigen Belgrader Menschenmenge seine afrikanischen Reiseerfahrungen. Die Antwort auf diese sich selbst gestellte Herausforderung entfernte sich keineswegs von den seit Jahren ausgetretenen Pfaden Belgrader Aussenpolitik. Da sich Kriege, wie die Vergangenheit gezeigt habe, kaum noch begrenzen liessen, sei es die Pflicht aller Staaten, daran mitzuwirken, die durch die beiden Militärblöcke verursachte Weltspannung zu entschärfen.

Damit wurde die Aufgabe der Neutralen einmal mehr als als "Gewissen der Welt" umschrieben. Nur krankte wenigstens bislang dieses "Weltgewissen" an nachpolitischen Kräftemangel. Selbst trotz zahlenmässiger anwachsender Stärke der blocklosen Staaten in der UNO konnte zumindest bisher weder das Entstehen neuer Krisenherde, noch wirksame Massnahmen zu ihrer Lösung durchgesetzt werden.

Für diesen Zustand trugen nicht stets nur die Grossmächte und Blöcke, sondern sehr oft auch die nicht immer einheitliche Einstellung der neutralen Staaten zu einer Vielzahl von Problemen die Verantwortung. Jetzt sieht es so aus, als ob ein entscheidender Schritt zu dem Ziel einer stärkeren Koordinierung der blocklosen Politik getan werden sollte. Das Kommuniqué der Unterredung Kasser-Tito liess durchblicken, dass die so lang angestrebte "Konferenz der Neutralen" stattfinden könnte. In Belgrad werden in diesem Zusammenhang bereits gar nicht so fernliegende Termine genannt, wenngleich noch nicht sicher zu sein scheint, ob das Treffen nur eine "Konferenz" oder gar die ersehnte "Gipfelkonferenz der Blocklosen" mit Einschluss des indischen Ministerpräsidenten Nehru sein könnte, der solchen Plänen immer recht reserviert gegenübergestanden hat.

In jedem Falle deutet dies an, dass die neutralen Staaten gewillt zu sein scheinen, ihren Weg zwischen den Blöcken weiterzugehen. Sowohl die Konferenzankündigung als auch andere Hinweise korrigieren den insbesondere in einem Teil der deutschen Presse verbreiteten Eindruck, die Afrikareise Titos habe stark unter antichristlichen Vorzeichen gestanden. Eine diesbezügliche Meldung der dpa ist unmittelbar und scharf dementiert worden. Ausserdem ist es zweifellos nicht unwichtig, dass sich Staatschef Tito trotz der schwelenden Auseinandersetzung mit Albanien anlässlich seiner Rückkehr auch nur der leisesten antialbanisch-chinesischen Kritik enthalten hat.

Blieb auch der Westen von direkten Angriffen verschont, war die Verurteilung des nach Titos Worten von aussen betriebenen Versuches einer Balkanisierung Afrikas eindeutig an seine Adresse gerichtet. Mag auch eine definitive Beurteilung der Afrikareise Titos gegenwärtig noch verfrüht sein, so nötigt bereits eine erste Bilanz zu einer Korrektur gewisser wohl mehr aus frommen Wunschdenken geborenen Vorstellungen über die Rolle Jugoslawiens in Afrika und anderswo.

Die Instinkttlosigkeit des Herrn Blumenfeld

Von Reinhold Rehs, MdB.

Wie die Presse berichtet, hat der CDU-Landesvorsitzende von Hamburg, Blumenfeld, auf dem CDU-Parteitag in Köln den derzeitigen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, den CDU-Abgeordneten Krüger, als "den Führer der Vertriebenen" begrüßt. Krüger soll diese Begrüßung mit der Versicherung honoriert haben, dass "die Vertriebenen in überwiegender Zahl die CDU wählen würden".

Kun, das letztere wollen wir dem Ausgang der Bundestagswahlen überlassen. Aber man muss sich fragen, was bei dem Podensart Blumenfelds grösser ist: die politische Instinkttlosigkeit oder die Unkenntnis von der Struktur des Bundes der Vertriebenen; die Leichtfertigkeit, mit der hier vergangene Optik assoziiert wird, oder die Bekundung arroganter Missachtung der Präsidialkollegen Krügers.

Ohne von diesem Vorgang zu wissen, habe ich am vergangenen Mittwoch auf einer Vertriebenenveranstaltung in Düsseldorf davon gesprochen, dass die Vertriebenenorganisationen mit der Konstituierung des Gesamtverbandes das unglückliche Kapitel jahrelanger Einigungskämpfe hinter sich gebracht hätten. Es habe sich bei den massgeschlichen Persönlichkeiten im Verband ebenso wie bei der überwiegenden Zahl der Mitglieder immer mehr die Überzeugung gefestigt, dass jeder erneute Versuch, den Verband zum Turmloplatz parteipolitischer Machtkämpfe zu machen, eine tödliche Bedrohung aller vertriebenenpolitischen Zukunftsaussichten bedeuten würden. Und ich habe den Verband als den gelungenen Modellfall einer umfassenden Koalition der in einem nationalen Teilbereich unmittelbar betroffenen Menschen oberhalb des parteipolitischen Saumes bezeichnet.

Durch Äusserungen, wie die Blumenfelds, dokumentiert die CDU, wie sie die Position des derzeitigen Präsidenten Krüger sieht. Solche Äusserungen sind eine Provokation. Die CDU stellt damit die Bemühungen, gerade in Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf jeden parteipolitizierenden Akzent bei den Entscheidungen des Verbandes, zum Beispiel auch in der Frage einer Neuwahl des Präsidiums und des Präsidenten, zu vermeiden, in Frage. Inwieweit sie damit dem Kollegen Krüger selber nützt, mag dahingestellt bleiben.

Ich kann mir nicht denken, dass Krüger eine derartige Kennzeichnung seiner Präsidentenfunktion ohne Einspruch hingenommen hat. Das wäre nicht nur mangelnde Loyalität den anderen Mitgliedern des Präsidiums gegenüber, sondern auch die Förderung einer Optik, die nicht ohne Rückwirkungen auf die Einheit und Geschlossenheit der Verbandsführung bleiben würde.

Der Bund der Vertriebenen ist ein demokratischer Verband. Die Vertriebenen lehnen für ihren Bereich jeden "Führer" ab. Auch die Kanzlerdemokratie ist kein Prinzip, das sie zu übernehmen wünschen und das die anderen Mitglieder des Verbandspräsidiums zu akzeptieren bereit sind.

Wir halten es für unverantwortlich, dass durch Äusserungen, wie die Blumenfelds, der aufrichtige demokratische Wille der Vertriebenen und ihrer zentralen Organisation der Öffentlichkeit, vor allem auch der Ausland gegenüber, von der CDU diskreditiert wird.

3. Mai 1961

Warum eigentlich nicht...?

Fossilien der Vergangenheit

SP - Wer in diesen Tagen mit ausländischen Journalisten zusammenkommt oder mit Botschaftsangehörigen aus befreundeten Staaten spricht, wird immer wieder gefragt, warum man sich in der Bundesrepublik nicht offiziell von früheren hohen Beamten des NS-Regimes trennt, die heute wieder in Amt und Würden sind. Antwortet man, es handele sich hierbei um Männer, die keineswegs potentielle Mörder seien, sondern "eben nur mitgemacht" und sich später als treue Staatsdiener erwiesen hätten, erntet man lediglich ein mitleidiges Lächeln. Sofort wird darauf verwiesen, dass ein Mann wie Oberländer deutsche Journalisten mit eindeutiger demokratischer Vergangenheit wegen Beleidigung und Verleumdung verklagen könne, weil diese geschrieben hätten, der frühere Vertriebensminister sei einer der intellektuellen Urheber des deutschen Dramas im Osten. Auch an Richter und Ärzte wird erinnert, und an Untersuchungsergebnisse, die gezeigt haben, dass es in gewissen Kreisen für selbstverständlich gilt, unter Mordanklage stehende Personen "nicht gekannt" zu haben, obwohl man sehr genau wusste, wer sich hinter einem Pseudonym verborg.

Die Dinge werden noch komplizierter, wenn man mit Ausländern spricht, für die Hitlers Existenz erst mit den grossen Judenverfolgungen im Jahre 1938 beginnt. Dass es schon in den Jahren v o r 1933, als das freie Wort in der Weimarer Republik noch gesprochen werden konnte, eine intellektuelle und tatsächliche Komplizität mit der Mörderbande Hitlers gab, jener Gangstertruppe, die keineswegs verheimlichte, dass "Jude verrücken" müsse, dass "Marxisten Untermenschen" seien und daher "ausgerottet" werden müssten, wird häufig übersehen.

N i c h t übersehen wird jedoch die Tatsache, dass man in der Bundesrepublik vielerorts geradezu in die Propagandamassier der Kommunisten hineinflutet, wenn man so tut, als existiere das ganze Problem überhaupt nicht. Es erhebt sich infolgedessen die Frage, warum wir uns eigentlich nicht von den Fossilien der Vergangenheit befreien und damit die Ansatzpunkte einer gegen uns gerichteten Propaganda auch in jenen Ländern beseitigt, die zu den uns befreundeten Nationen gehören. Es erhebt sich auch die Frage, warum man immer wieder bei der Zusammenstellung offizieller Delegationen für Verhandlungen im Ausland Personen nimmt, die in ihrer mitunter grenzenlosen Naivität ausländischen Gesprächspartnern Freudestrahlen erzählen, sie hätten schon von 1940 bis 1944 in Paris oder in einer anderen von Hitlerdeutschland besetzten Stadt "Dienst gemacht". Wie so etwas wirkt, davon scheint man bei hohen und höchsten Stellen in Bonn überhaupt keine Ahnung zu haben.

Wir meinen, dass es genügend junge und tüchtige Nachwuchskräfte in Politik und Wirtschaft gibt, die unbedarfen neue Aufgaben übernehmen können. Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, ob es nicht besser für die junge deutsche Demokratie wäre, wenn man durch die Sprache neugeschaffener Tatsachen im demokratischen Sinne wirkt und endlich damit aufhört, die vermeintlich saubere politische Weste mit eiligst herangeschafften Percilscheinen zu dekorieren. Wie es heisst, sollen zahlreiche Beamte z.Zt. mit dieser gewiss zeitraubenden Arbeit beschäftigt sein ...

Die Buchenwald-Agitation

M.S.- Unlängst bewegte die Agitation für das neue Sachsenhausen-Denkmal und Verfolgten-Museum die Gazetten der Ostzone. Seit Jahren setzt man dort vor allem durch zahllose Publikationen alles daran, die Kommunisten als den einzigen Verfolgtenkreis der Naziepoche auszuweisen. Eine ganze Reihe von zum Teil ernst zu nehmenden Publikationen wurden östlicherseits auf den Markt geworfen, um zu untermauern, dass die "DDR" als einziges deutsches Gebiet betrachtet werden kann, in dem das Erbe der Opfer des Hitler-Regimes ausreichend gepflegt wird, obwohl dort nicht einmal eine Entschädigungsgesetzgebung vorhanden ist.

Unter den zahlreichen "Dokumentarbüchern" aus östlichen Quellen sind vor allem auch Romane über Verfolgtenchicksale und KZ-Grauel. Viele dieser Bücher haben -das muss unumwunden festgestellt werden- dazu beigetragen, den Verfolgten des NS-Regimes einen einseitigen kommunistischen Anstrich in der Augen unbefangener Beobachter zu geben. Andererseits bekamen diese Publikationen Auftrieb und Beachtung auch im Ausland durch eine teilweise sehr unglückliche Personalpolitik der Bundes- und Länderregierungen, die Persönlichkeiten in öffentliche Ämter geraten liessen, welche man lieber nicht mehr im Felde der Politik und Kommunalpolitik gesehen hätte.

Ein Buch wie "Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933-1945", Ostberlin 1958, DM 20.50, auf 425 Seiten, ist ein überzeugendes Dokument des kommunistischen Dokumentationswillems, den gesamten Widerstand im Dritten Reich einseitig umzudeuten.

Nun legt der "Verlag der Kunst" in Dresden eine Veröffentlichung der "Deutschen Akademie der Künste" vor (DM 7.50) unter dem Titel "Buchenwald-Denkmal", in dem die riesigen Figuren des Häftlingsdenkmals und der weiteren sieben Gedenksteine (sog. Stelen) mit Fresken und Versen von Johannes R. Becher, der Architekten Fritz Gremor, René Graetz, Waldemar Grzimek, Hans Kies in Wort und Bild beschrieben werden.

Weit über das Weimarer und Thüringer Land ragt heute das in seiner archaischen Primitivität eindrucksvolle Denkmal auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald (mit dem Goethe-Denkmal, den die SS damals stehend liess) als Mahnung auf. Aber die Gefühle darüber sind geteilt. Wie Sachsenhausen weiter als KZ diente, als es befreit wurde, so herrscht Unreinheit eines Systems, das sich zum Mörder der Verfolgten machen möchte, um sie für seine Agitation zu nutzen.

Die Toten von Buchenwald blicken stumm zu den Bronzestatuen Fritz Gremors auf und verstehen ihr erbrachtes Opfer nicht mehr.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel